

Fachinformationen des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes

Paritätischer Wohlfahrtsverband – Gesamtverband e.V., Oranienburger Straße 13-14, 10178 Berlin, Telefon 030 24636-0, Fax 03024636110, E-Mail info@paritaet.org, Internet <http://www.paritaet.org>

Paritätischer mahnt zur Besonnenheit beim Kinderschutz

Der Paritätische Wohlfahrtsverband fordert die Einrichtung einer interdisziplinären Arbeitsgruppe zur Ausarbeitung eines Kinderschutzgesetzes in der neuen Legislaturperiode des Deutschen Bundestages. Der Verband begrüßte noch vor der Wahl die Vorschläge von Justizministerin Zypries zur Reform des Vormundschafts-

DER PARITÄTISCHE

rechtes als wichtigen Schritt zur Verbesserung des Kinderschutzes, warnt jedoch davor, sich in Einzelmaßnahmen zu verrennen. Die Entlastung der Amtsvormünder und eine Stärkung der Mitwirkungsrechte von Kindern und Jugendlichen seien überfällig. Ein Amtsvormund, der für 120 Kinder und Jugendliche zuständig sei, könne seine Aufgabe nicht mit der gebotenen Sorgfalt und Verantwortung wahrnehmen, so Verbandsvorsitzende Heidi Merk. Geprüft werden müsse, wie sichergestellt werden kann, dass Vertrauen und Bindung zwischen Vormund und Mündel aufgebaut werden können. Es sei nicht mit der gesetzlichen Vorgabe eines geänderten Betreuungsschlüssels und der verstärkten Mobilisierung Ehrenamtlicher allein getan. Es müssten auch die entsprechenden Ressourcen zur Verfügung gestellt werden, so Merk.

Paritätischer Wohlfahrtsverband – Gesamtverband e. V., Oranienburger Straße 13-14, 10178 Berlin, Telefon 030 24636-0, Fax 030 24636110, E-Mail info@paritaet.org, Internet <http://www.paritaet.org>

Mehr Bürgerschulen für gesellschaftliche Teilhabe durch Bildung

Der Paritätische Wohlfahrtsverband will sich verstärkt in die Bildungsdebatte einmischen. Der Verband setzt sich für ein demokratisches und vielfältiges Schul- und Bildungsangebot ein, das Kindern aller gesellschaftlichen Schichten die Chance auf eine adäquate Schulbildung und einen adäquaten Bildungsabschluss gibt. Der Paritätische hat dafür acht Thesen für eine Reform des Schulwesens durch die Einführung der modernen Bürgerschule vorgelegt. Zur Verbesserung der

schulischen Situation kommt es danach nicht nur auf die Bildungs- und Lerninhalte im Einzelnen, sondern in einem ersten Schritt auf Rahmenbedingungen an, die Dynamiken freizusetzen in der Lage sind und positive Entwicklung befördern können. Wir brauchen Reformen, so der Verband, welche die Verantwortlichkeiten neu regeln und die Rechte und Aktivitäten der Bürgerinnen und Bürger stärken. Allen Akteuren im System muss ermöglicht werden, Verantwortung wahrzunehmen, um ein vielfältiges und lebendiges Bildungsangebot zu gewährleisten. Der vierseitige Forderungskatalog »Der Paritätische macht Schule. Thesenpapier des PARITÄTISCHEN Gesamtverbandes für eine Reform des Schulwesens« steht auf der Website der Organisation zum Herunterladen zur Verfügung (Rubrik »Fachinformationen«, Suchbegriff »Bürgerschulen«).

Paritätischer Wohlfahrtsverband – Gesamtverband e. V., Oranienburger Straße 13-14, 10178 Berlin, Telefon 030 24636-0, Fax 030 24636110, E-Mail info@paritaet.org, Internet <http://www.paritaet.org>

OECD-Kinderbericht: viel Geld, unzureichende Ergebnisse

Deutschland wendet deutlich mehr öffentliche Mittel für Kinder auf als die meisten anderen OECD-Länder. Es erzielt aber in einer ganzen Reihe von Bereichen nur unterdurchschnittliche Ergebnisse. Vor allem bei der Verwirklichung gleichwertiger Lebensverhältnisse und Chancengleichheit bleibt Deutschland hinter vergleichbaren Ländern zurück. Dies geht aus einer Studie zum Wohlbefinden von Kindern der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) hervor, die im September 2009 in Berlin vorgestellt wurde. Die Studie fasst ein Bündel von Indikatoren zum Wohlbefinden von Kindern zusammen und stellt diese zum ersten Mal kinderbezogenen Ausgaben für alle OECD-Länder in vergleichbarer Form gegenüber. So gibt Deutschland für Kinder je nach Altersgruppe kaufkraftbereinigt zehn bis 20 Prozent mehr Geld für Bildung, Dienstleistungen und direkte Finanztransfers aus als die OECD-Länder im Schnitt.

Dennoch lebt fast jedes sechste Kind in Deutschland in relativer Armut (d.h. mit weniger als 50 Prozent des Durchschnittseinkommens), im OECD-Schnitt ist es nur jedes achte Kind. In Dänemark, dem Land mit der geringsten Kinderarmut in der OECD, ist es nur jedes 37. Kind. Vor allem Kinder, die nur mit einem Elternteil leben, sind in Deutschland von Armut betroffen. So liegt die Armutsrate unter Alleinerziehenden noch höher als in anderen OECD Ländern: 40 Prozent der Haushalte mit Alleinerziehenden sind arm, im OECD-Schnitt sind es 30 Prozent. Zudem hat sich im Vergleich zu anderen Haushalten mit Kindern die Einkommenssituation von Alleinerziehenden in den letzten 20 Jahren noch deutlich verschlechtert. Mit 18 Prozent ist der Anteil der Kinder, die in Haushalten mit Alleinerziehenden leben in Deutschland nicht größer als im OECD-Durchschnitt. Monika Queisser, Leiterin der Abteilung Sozialpolitik der OECD empfahl bei der Präsentation der Studie, Deutschland solle seine Transfers stärker auf bedürftige Kinder und deren Familien konzentrieren. Außerdem sollten Dienstleistungen wie Kinderbetreuung und Ganztagschulen weiter ausgebaut werden.

Internet <http://www.oecd.org/de/kinderbericht>

Sozialhilfeausgaben steigen auf netto 19,8 Milliarden Euro

Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes wurden im Jahr 2008 in Deutschland brutto 22,0 Milliarden Euro für Sozialhilfeleistungen nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch (SGB XII Sozialhilfe) ausgegeben. Nach Abzug der Einnahmen in Höhe von 2,2 Milliarden Euro, die den Sozialhilfeträgern zum größten Teil aus Erstattungen anderer Sozialleistungsträger zufließen, betrugen die Sozialhilfeausgaben netto 19,8 Milliarden Euro; das waren 4,9 Prozent mehr als im Vorjahr. Mit 11,2 Milliarden Euro entfiel - wie in den Vorjahren - der mit Abstand größte Teil der Sozialhilfenettoausgaben (57%) auf die Eingliederungshilfe für behinderte Menschen. Im Vergleich zu 2007 stiegen die Ausgaben hierfür um 5,3

Prozent. Die im 6. Kapitel des SGB XII geregelte Eingliederungshilfe für behinderte Menschen hat die Aufgabe, eine drohende Behinderung zu verhüten, eine vorhandene Behinderung oder deren Folgen zu beseitigen oder zu mildern und die Menschen mit Behinderungen in die Gesellschaft einzugliedern. Leistungsberechtigt sind alle Personen, die nicht nur vorübergehend körperlich, geistig oder seelisch wesentlich behindert oder von einer Behinderung bedroht sind, so weit die Hilfe nicht von einem vorrangig verpflichteten Leistungsträger – wie zum Beispiel der Krankenversicherung, der Rentenversicherung oder der Agentur für Arbeit – erbracht wird.

Statistisches Bundesamt, Gustav-Stresemann-Ring 11, 65189 Wiesbaden, Telefon 0611 75-0, Fax 0611 753976, E-Mail info@destatis.de, Internet <http://www.destatis.de>

Persönliches Budget: Broschüre für Leistungserbringer im Internet

Der Leitfaden für Leistungserbringer zum Persönlichen Budget war als gedruckte Broschüre nach wenigen Tagen vergriffen (vgl. Blätter der Wohlfahrtspflege 5/2006). Eine digitale Fassung steht nun als PDF-Dokument auf einer Website zum kostenlosen Herunterladen zur Verfügung. Die rund 100-seitige Broschüre mit dem Titel »Zukunft gestalten. Das Persönliche Budget umsetzen – Perspektiven für Dienstleister« wurde herausgegeben vom Kompetenzzentrum Persönliches Budget des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes in Zusammenarbeit mit dem Paritätischen Landesverband Rheinland-Pfalz/Saarland. Das Besondere der Broschüre ist die Darstellung praxisnaher Themen aus der Perspektive sozialer Organisationen und Unternehmen, die Leistungen für Budgetnehmerinnen und Budgetnehmer anbieten wollen.

Kompetenzzentrum Persönliches Budget, Paritätischer Wohlfahrtsverband – Gesamtverband e. V., Oranienburger Straße 13-14, 10178 Berlin, Telefon 030 24533-170, Fax 030 24636-110, E-Mail budget@paritaet.org, Internet <http://www.budget.paritaet.org>

Was eine Werkstatt für behinderte Menschen leistet

In sieben Module hat das Projekt »WerkstattBudget« Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben in einer Werkstatt für behinderte Menschen aufgeteilt. Diese

Bereiche sollen unabhängig von den konkreten Gegebenheiten vor Ort die Gesamtleistung der Werkstatt abbilden können. Das Team von »WerkstattBudget« hat damit eine Struktur vorgelegt, mit der Leistungen der Werkstatt für behinderte Menschen so zu unterteilen sind, dass die Gesamtleistung in einzelnen Teilen abgebildet werden kann. Diese können dann mit dem Persönliche Budget »eingekauft« werden. Das vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales geförderte Projekt hat für den Zeitraum 2008 bis 2010 den Auftrag, Wege aufzuzeigen, wie Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben durch die Menschen mit Behinderung selbst gestaltet werden können und die Leistungsform Persönliches Budget beim Zugang zur Werkstatt, beim Übergang auf den allgemeinen Arbeitsmarkt sowie innerhalb der Werkstatt an Selbstverständlichkeit gewinnt.

Bundesarbeitsgemeinschaft Werkstätten für behinderte Menschen (BAG:WfbM), Sonnenmannstraße 5, 60314 Frankfurt am Main, Telefon 069 943394-0, Fax 069 94339425, E-Mail info@bagwfbm.de, Internet <http://www.bagwfbm.de>

Promotionskolleg über Menschenrechte geplant

Ab Januar 2010 wird an der Katholischen Hochschule für Sozialwesen Berlin das Promotionskolleg »Soziale Professionen und Menschenrechte« eingerichtet. Die Hochschule will damit den wissenschaftlichen Nachwuchs fördern und den Forschungsdiskurs zum Thema Menschenrechte innerhalb der Sozialen Professionen vertiefen. Voraussetzung für die Aufnahme in das Promotionskolleg ist ein abgeschlossenes erstes Hochschulstudium (Diplom, Magister oder Master) in einem Studiengang des Sozial- und Gesundheitswesens (Fachhochschule oder Universität). Im Rahmen des Promotionskollegs werden Promotionsstipendien an Frauen ausgegeben.

Katholische Hochschule für Sozialwesen Berlin, Köpenicker Allee 39-57, 10318 Berlin, Telefon 030 501010-10, Fax 030 501010-88, E-Mail schraml@icep-berlin.de, Internet <http://www.khsb-berlin.de/promotionskolleg>

Mut zur Diagnose gefordert

Die Sektion Klinische Sozialarbeit der Deutschen Gesellschaft für Soziale Arbeit e. V. traf sich am 27. März 2009 in Kassel. Fachliches Hauptthema des Treffens

war die Diagnostik. Eine Feststellung der Diskussion um dieses in der Profession nicht unumstrittene Thema lautet: Soziale Arbeit muss den biografischen Kontext und die konkrete Lebenswelt von

DEUTSCHE GESELLSCHAFT FÜR SOZIALE ARBEIT



Forum für Wissenschaft und Praxis

Klientinnen und Patienten diagnostisch erfassen – getreu dem originär sozialarbeiterischen Konzept »Person-in-der-Situation« (»Person-in-Environment«). Insofern sei sowohl von einer »sozialen Diagnose« zu sprechen als auch von einem »diagnostischen Prozess«, der die Sichtweise und den »Eigensinn« der Beteiligten systematisch mit einbeziehe. Der »diagnostische Blick« müsse daher immer auch selbstreflexiv die Beziehung Sozialarbeiter und Klient beachten. Das Protokoll des Treffens steht auf der Website der Deutschen Gesellschaft für Soziale Arbeit zum kostenlosen Herunterladen zur Verfügung.

Deutsche Gesellschaft für Soziale Arbeit e. V., Postfach 11 29, 74370 Sersheim, Telefon 07042 3948, Fax 07042 815540, E-Mail info@dgsinfo.de, Internet <http://www.deutsche-gesellschaft-fuer-soziale-arbeit.de>

Ist professionell, was wirkt?

Die Jahrestagung der Fachgruppe Forschung der Deutschen Gesellschaft für Soziale Arbeit am 28. und 29. Januar 2010 steht unter dem Titel »Sozialarbeitsforschung zwischen Standardisierung und Fallanalysen«. Angesichts der sich verschärfenden Lage der öffentlichen Kassen werde die Frage nach der Wirkung der Sozialen Arbeit lauter, so die Veranstalter. Forschung solle dazu einen Beitrag leisten. Forschung sei jedoch immer an gesellschaftliche Formationen, Veränderungsprozesse, Macht und Interessen gebunden und von daher keinesfalls »neutral«, sondern sowohl die Art der Fragestellung, die impliziten oder explizit mit enthaltenen theoretischen Positionen als auch die gewählten Erhebungs- und Auswertungsinstrumente bestimmen die

Ergebnisse immer auch mit. Auf der Tagung sollen deshalb verschiedene methodische Ansätze hinsichtlich ihrer expliziten als auch impliziten Vorannahmen, ihrer Reichweite und ihrer Aussagekraft zur Erfassung professionellen Handelns und Wirkens in der Sozialen Arbeit vorgestellt und diskutiert werden.

Prof. Dr. Ingrid Miethe, Sprecherin der Fachgruppe Forschung der Deutschen Gesellschaft für Soziale Arbeit, Evangelische Fachhochschule Darmstadt, Zweifalltorweg 12, 64293 Darmstadt, Telefon 06151 879877, Fax 06151 879858, E-Mail miethe@efh-darmstadt.de, Internet <http://www.ingrid-miethe.de>

»Betreutes Wohnen für Auszubildende verstärken«

In dem im Juni 2009 veröffentlichten Bericht »Auswirkungen von demografischen Entwicklungen auf die berufliche Ausbildung« des Bundesministeriums für Bildung und Forschung empfiehlt das Forschungs- und Praxisentwicklungsprojekt »leben.lernen.chancen nutzen.«, Auszubildenden ein bundesweit flächendeckendes Netz an Unterbringung mit sozialpädagogischer Betreuung anzubieten. Die Studie verdeutlicht, dass die Anforderungen an die Mobilität von Jugendlichen deutlich zunehmen werden. Bis zu 50 Prozent der deutschen Jugendlichen bewürben sich schon jetzt auf Lehrstellen, die über 100 Kilometer von zu Hause entfernt lägen. Neben der beruflichen Herausforderung seien zusätzlich die neue Wohnsituation und der Ablösungsprozess von zuhause zu bewältigen. Jugendwohnheime böten hier die ideale Unterstützung. Das Projekt Jugendwohnen ist ein auf vier Jahre angelegtes Forschungs- und Praxisentwicklungsprojekt zum Jugendwohnen in Deutschland. Projektträger ist der Verband der Kolpinghäuser e. V.

Verband der Kolpinghäuser e. V., Kolpingplatz 5-11, 50667 Köln, Telefon 0221 20701-0, Fax 0221 20701-270, E-Mail molitor@projekt-jugendwohnen.de, Internet <http://www.projekt-jugendwohnen.de>

Was in der Profession schief läuft

Ende letzten Jahres referiert Prof. Dr. Wolfgang Hinte von der Universität Duisburg-Essen im österreichischen Ilse Arlt Institut an der Fachhochschule St. Pölten zum Thema »Erzieherische Hilfen zwischen Ökonomie, Recht, Medien und Sozialer Arbeit«. Die ebenso informative

wie unterhaltsame Vorlesung ist als »Podcast«, also als MP3-Hördateien, kostenlos von der Website des Instituts herunterladbar. Am Beispiel (nicht nur) der erzieherischen Hilfen in der Jugendwohlfahrt zeigt der deutsche Altmeister der Sozialraumorientierung, in welchem Ausmaß und durch welche Mechanismen die Soziale Arbeit durch ökonomische, juristische und mediale Dominanz in ihrer Qualität beeinträchtigt wird und wie die Profession in diesem Spiel mitmacht. Hinte illustriert anhand von Strukturen, Finanzierungsformen und Verfahren bei der Gewährung von erzieherischen Hilfen auf der Grundlage von lokalen Studien und Beratungserfahrungen, durch welche Dynamiken es immer wieder dazu kommt, dass hilfesuchende Menschen mit ihrer jeweiligen Problemlage dem vorhandenen System angepasst werden und damit den bürokratischen Strukturen folgen müssen. Als Alternative skizziert er abschließend die Grundlagen für ein Verfahren, bei dem Strukturen und Finanzierungsformen den sozialarbeiterischen Inhalten folgen und sich damit das bürokratische Hilfesystem flexibler den Bedürfnissen des Klientensystems anpassen kann – unterlegt durch Erfahrungen insbesondere aus den Städten Berlin, Hannover, Rosenheim und Graz. «

Internet <http://inclusion.fhstp.ac.at/veranstaltungen/lecture-hint>

Viele Erwerbstätige fühlen sich krank

Knapp jeder achte Erwerbstätige empfindet seine Arbeit als gesundheitlich belastend - unabhängig von akuten gesundheitlichen Beschwerden. Dies ergab eine Zusatzerhebung zur EU-harmonisierten Arbeitskräfteerhebung, bei der rund 80.000 Personen (etwa 0,1% der Bevölkerung) zu gesundheitlichen Beeinträchtigungen am Arbeitsplatz befragt wurden. Relevant war hierbei die Selbsteinschätzung der Befragten, nicht ein ärztlicher Befund. Bei den körperlichen Problemen klagten die Erwerbstätigen in erster Linie über Beschwerden des Bewegungsapparates. Psychische Belastungen spielen im Arbeitsalltag jedoch eine größere Rolle als körperliche. Die dominierenden Faktoren sind hierbei der Zeitdruck und die Arbeitsüberlastung.

Statistisches Bundesamt, Gustav-Stresemann-Ring 11, 65189 Wiesbaden, Telefon 0611 75-0, Fax 0611 753976, E-Mail info@destatis.de, Internet <http://www.destatis.de>

Neuer Steuerratgeber für die Sozialwirtschaft



Organisationen und Unternehmen der Sozialwirtschaft müssen zahlreiche Vorgaben erfüllen, um als gemeinnützig und somit als steuerbegünstigte Körperschaft aner-

kannt zu werden. Die Grundlagen und die Feinheiten des Gemeinnützigkeits- und Umsatzsteuerrechts erläutert Deutschlands bester Experte in diesem Bereich, Prof. Dr. Stefan Schick, in seinem neuen Steuerratgeber für soziale Einrichtungen. Hilfreich sind darüber hinaus die Überblicke zum Spendenrecht sowie zur steuerlichen Behandlung von Sponsoring bei einer steuerbegünstigten Körperschaft. Beispiele, Tipps, Checklisten und eine Mustersatzung vervollständigen den preisgünstigen Ratgeber. Der Autor ist Rechtsanwalt und Fachanwalt für Steuerrecht; er berät seit mehr als 25 Jahren soziale Einrichtungen in Rechts- und Steuerfragen.

Stefan Schick; Steuerratgeber für soziale Einrichtungen. Gemeinnützigkeit und Umsatzsteuer. Steuerliche Risiken meistern. Walhalla Fachverlag, Regensburg 2009. 160 Seiten. 9,95 Euro. ISBN 978-3-8029-7403-8.

Wie man Aktionstage organisiert



Ein lokaler Aktionstag kann Impuls geben für Kooperationen zwischen gewerblichen Unternehmen und gemeinnützigen Organisationen vor Ort. Bei einer solchen Veranstaltung wechseln Mitarbeitende von Unternehmen für einen Tag die Seiten und arbeiten in gemeinnützigen Organisationen, öffentlichen Einrichtungen und Initiativen ihrer Stadt mit. Die an diesem Tag geknüpften Kontakte können Auftakt sein für ein weitergehendes Engagement von Unternehmen in der Region. Ein Leitfaden der Bundesinitiative »Unternehmen: Partner der Jugend«

(UPJ) e. V. bietet für die Organisation eines solchen Aktionstages praktische Unterstützung. Der Leitfaden erläutert Schritt für Schritt den Weg von der Initiierung und den Aufgaben des Organisationskomitees, in dem Engagierte aus Unternehmen, Organisationen und Verwaltung mitarbeiten, über die Gewinnung von Teilnehmenden und das Matching zwischen Unternehmen und Organisationen bei der Projektbörse bis zur Auswertung und Dokumentation.

Internet <http://www.upj.de> (Rubrik Publikationen)

Transferzentrum für Sozialwirtschaft beruft Beirat

Für das seit zwei Jahren bestehende »Transferzentrum für Sozialwirtschaft« an der Leuphana Universität Lüneburg wurde ein Expertenbeirat berufen. Der Beirat soll die Herausforderungen für die Sozialwirtschaft identifizieren und bildungspolitische Aktionen für die Niveauehebung und Akademisierung sozialer Berufe fördern. Vorsitzende des Beirats wurde die ehemalige Bildungsministerin Edelgard Bulmahn. Weitere Mitglieder sind der Bundesvorsitzende der Arbeiterwohlfahrt Rainer Brückers, Dr. Eberhard Jüttner vom Paritätischen Landesverband Sachsen-Anhalt, Dietmar Krüger von der Bank für Sozialwirtschaft, Michael Löher vom Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge, die Bremer Hochschulprofessorin Martina Roes, Wolfgang Schindele vom Bezirksverband Oberbayern der Arbeiterwohlfahrt, für den Deutschen Gewerkschaftsbund Ingrid Sehrbrock, die Unternehmensberaterin Birgit Treu und Prof. Dr. Wolf Rainer Wendt, Deutsche Gesellschaft für Care und Case Management. Das »Transferzentrum für Sozialwirtschaft« soll die Qualifizierung von Fach- und Führungskräften fördern. Das Modellprojekt ist eine Kooperation zwischen Universität und dem Bundesverband der Arbeiterwohlfahrt. Die Einrichtung will wissenschaftliche Grundlagen mit praktischer Erfahrung verzahnen und soll die Trennung zwischen beruflicher und akademischer Bildung aufheben.

Leuphana Universität Lüneburg, Professional School, Transferzentrum für Sozialwirtschaft, Wilschenbrucher Weg 84, 21335 Lüneburg, Telefon 04131 677-77 48, Fax 04131 677-2981, E-Mail ps@uni.leuphana.de, Internet <http://www.leuphana.de/professional-school>

Kennzahlen

»Das Teuflische an den Zahlen ist, dass sie so einfach sind.«

Hans Magnus Enzensberger,
deutscher Schriftsteller (geb. 1929)

8,40

Durchschnittliche verbindliche Lohnuntergrenze in Euro im Jahre 2008 in den 20 Mitgliedstaaten der Europäischen Union, die einen gesetzlichen Mindestlohn für Arbeitnehmer vorschreiben (nach Berechnungen des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts der Hans-Böckler-Stiftung)

2.067

Zahl der Krankenhäuser in Deutschland im Jahre 2008

22,2

Anteil in Prozent der »atypischen« Beschäftigungsverhältnisse (Zeitarbeit, Teilzeitbeschäftigungen mit 20 oder weniger Stunden Arbeit pro Woche, geringfügige Beschäftigungen sowie befristete Beschäftigungen) im Jahre 2008 in Deutschland (1998: 16,2%)

104.251

Zahl der Staus auf deutschen Autobahnen zwischen April 2007 und März 2008 nach Angaben der Bundesanstalt für Straßenwesen

72

Zahl der Todesfälle in Deutschland im Jahr 2007, die direkt auf Essstörungen zurückgeführt wurden

31.050

Zahl erfolgreicher Widersprüche in Deutschland im Jahr 2008 gegen SGB II-Leistungskürzungen

12

Betrag in Euro, die ein alleinlebender Mann in Deutschland im Jahr 2007 durchschnittlich für Damenkleidung ausgab (gemäß der »Laufenden Wirtschaftsrechnung« des Statistischen Bundesamts)